

Weinheim, den 08. Februar 2014



Carsten Labudda
Stadtrat

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim

An den
Oberbürgermeister
der Großen Kreisstadt Weinheim
oberbuergermeister@weinheim.de

Theodor-Heuss-Str. 14
69469 Weinheim

Telefon: 06201-876758
carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

www.dielinke-weinheim.de

Betreff: Antrag der LINKEN „Gewerbsteuer anpassen“

Mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Gemeinderates.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zur Haushaltsberatung am 26. Februar 2014 stellt DIE LINKE folgenden Antrag:

Gewerbsteuer anpassen

Der Hebesatz zur Gewerbsteuer wird auf 380 v.H. festgesetzt.

Zur Begründung:

Die Verwaltung plant, in den nächsten fünf Jahren den Schuldenstand im Kernhaushalt von heute 41 Millionen Euro auf 58,9 Millionen Euro zu steigern. Dies hält DIE LINKE für unverantwortlich. Deshalb ist es unabdingbar, die Einnahmen der Stadt zu steigern.

Hierbei lehnt DIE LINKE den Vorschlag der Verwaltung, erneut die Grundsteuer B zu erhöhen, ab. Dieser Vorschlag würde dazu führen, dass die gestiegenen Kosten für bebaute Grundstücke auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt würde. Angesichts des schon heute hohen Mietniveaus in Weinheim will DIE LINKE dies vermeiden.

Zudem ist die Gewerbsteuer die mit Abstand am längsten unveränderte kommunale Steuer in Weinheim. Seit 1992 ist der Hebesatz mit 350 Punkte unverändert. Nachdem in den

letzten 22 Jahren alle anderen kommunalen Steuern eine Erhöhung erfahren haben, wird es nun höchste Zeit, dass auch die Unternehmerinnen und Unternehmer Weinheims ihren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes leisten.

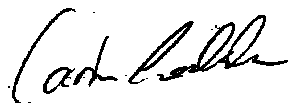
Wenn man – wie DIE LINKE – die wissenschaftliche Expertise des DIHK von 2009 Ernst nimmt, dann muss man konstatieren, dass eine Anpassung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer wirtschaftlich vertretbar ist und überdies für die Sanierung der städtischen Finanzen von großem Nutzen. Wenn die Stadt sich die erwarteten Mehreinnahmen von netto fast 1,8 Millionen Euro entgehen ließe, wäre das aus Sicht der LINKEN eine leichtfertig verspielte Chance.

Überdies hat DIE LINKE bereits mehrfach beschrieben, dass die von uns geforderte moderate Steigerung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer bei der Verteilung der Lasten ausgewogen ist. So sind Unternehmer bis zu einem Jahresgewinn von 24.500 Euro von der Gewerbesteuer ausgenommen. Kleinere Unternehmen mit einem Jahresgewinn von 50.000 Euro sind aus Sicht der LINKEN sehr gut in der Lage, die entstehenden Mehraufwendungen von 22,31 Euro im Monat zu schultern. Und wenn ein Unternehmen so erfolgreich ist, dass es einen Jahresgewinn von einer Million Euro ausweisen kann, dann sind weniger als 700 Euro im Monat daran gemessen mit Sicherheit keine Maßnahme, die ein solch erfolgreiches Unternehmen in ökonomische Schwierigkeiten bringt. Außerdem können Unternehmer in Personengesellschaften die Gewerbesteuer bei der Einkommenssteuer geltend machen, was deren Aufwendungen mindert. Daran ist ersichtlich, dass die seitens der LINKEN vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer von 350 auf 380 v.H. eine sozial und wirtschaftlich ausgewogene Maßnahme darstellt, die zur Verbesserung der Finanzlage der Stadt dringend geboten ist.

Finanzielle Auswirkungen einer Anhebung des Hebesatzes auf 380 v.H.:

Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer:	2.228.571,43 Euro
Mehrausgaben der Gewerbesteuerumlage:	439.371,43 Euro
Einnahmen-Plus netto:	1.789.200,00 Euro

Mit freundlichen Grüßen,



Carsten Labudda
[Stadtrat DIE LINKE]